

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2018 / Ausgabe 143 - 05. Oktober 2018



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

Ralph Brinkhaus. Ein frischer Wind weht durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wettbewerb belebt auch in Parteien das Geschäft! Mit knapper Mehrheit hat die Fraktion Ralph Brinkhaus zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Ich glaube, dass wir mit Ralph Brinkhaus als Ökonomen und Steuerberater eine ausgezeichnete Wahl getroffen haben, um wieder stärker als die Partei Ludwig Erhards wahrgenommen zu werden.

Am 22. Oktober unterstützt uns Ralph Brinkhaus in unserem Landtagswahlkampf mit einem Besuch in meinem Wahlkreis. Nutzen Sie die Gelegenheit, um unseren neuen Fraktionsvorsitzenden persönlich kennenzulernen: Kommen Sie am 22. Oktober nach Hadamar. Beginn ist 19 Uhr.

IN DIESER AUSGABE

Ralph Brinkhaus

Diesel

Target2

Landtagswahl

Diesel. Über einigen Städten schwebt das Damoklesschwert eines möglichen Dieselfahrverbots – so auch in Limburg in meinem Wahlkreis. Die Bundesregierung möchte dies mit einem Maßnahmenpaket verhindern. Lesen Sie weiter ab Seite 4.

Target2. Der TARGET2-Saldo kratzt weiterhin an der Billionengrenze! Auch wenn der Saldo Schwankungen unterliegt, ist der historische Durchbruch nur eine Frage der Zeit. Derzeit pendelt er zwischen 912 und 913 Milliarden (!) Euro. Lesen Sie weiter ab Seite 5.

Landtagswahl. Nur noch drei Wochen - oder auch noch so lange. Viele entscheiden sich erst in den letzten Tagen oder gar Stunden, ob und wen sie wählen wollen. Jedes Gespräch kann noch helfen.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



RALPH BRINKHAUS

Nach Ralph Brinkhaus' Wahl habe ich dem Deutschlandfunk ein längeres Interview gegeben:

Mario Dobovisek [Redakteur]: Eine Stunde der Demokratie nannte die Kanzlerin das, was gestern [25.09.2018] in der Unions-Fraktion im Bundestag geschehen ist. Eine Wahl, zwei Kandidaten und der vermeintliche Außenseiter setzt sich durch. Ralph Brinkhaus gegen Volker Kauder, dem Kandidaten der Kanzlerin. Das schüttelt CDU und CSU einmal kräftig durcheinander. Jetzt müssen sich alle wieder sortieren. Vor allem Merkel, Seehofer und Dobrindt, die geschlossen hinter Kauder standen.

Am Telefon begrüße ich Klaus-Peter Willsch, CDU-Abgeordneter im Bundestag, Wirtschaftspolitiker dort. Er kritisierte mehrfach die Politik Angela Merkels, bei der Eurorettung zum Beispiel, in der Flüchtlingspolitik. Guten Morgen, Herr Willsch!

Klaus-Peter Willsch: Guten Morgen, Herr Dobovisek. Guten Morgen an die Hörer.

Dobovisek: Haben Sie gestern Ralph Brinkhaus gewählt?

Willsch: Ich habe schon sehr zeitig zu erkennen gegeben, dass ich das für einen sehr guten Vorschlag halte. Er ist als ausgewiesener Finanz- und Wirtschaftspolitiker auch geeignet, uns wieder stärker als Partei Ludwig Erhards sichtbar zu machen.

Dobovisek: War das der einzige Grund?

Willsch: Ach wissen Sie, bei einer geheimen Wahl muss man hinterher nicht über Ursachenbündel und was da alles zusammenkommt reden. Aber das war sicher

auch bei vielen ganz unterschiedlich. Wenn Sie sich die Bundestagsfraktion anschauen: Wir sind 246. Davon sind 231 direkt gewählt. Das heißt, die kommen aus ihrem Wahlkreis, haben sich da durchgesetzt in der Union, sind da die Nummer eins und haben dann die Arbeit in der Fraktion erlebt, dass dort jetzt nicht unbedingt deren Talente abgefragt wurden, dass im Gegenteil gefordert wird, jetzt aber die Reihen geschlossen, hinterhermarschieren und so. Das ist eine besondere Erlebnis-Situation, die man da hat, und wenn man dann dagegenhält das demoskopische Loch, in dem wir sitzen, dann gibt es eine Vielfalt von Motiven.

Dobovisek: War es deshalb eine Wahl für Brinkhaus oder eine Wahl gegen Kauder und damit ein Stück weit gegen Merkel?

Willsch: Wenn Sie eine Situation haben mit zwei Kandidaten, dann kommt immer beides zusammen. Das ist doch klar. Ich glaube, Ralph Brinkhaus hat das sehr gut gemacht. Er hat in der letzten Fraktionssitzung schon sich selbst vorgestellt und dabei viele Saiten zum Klingen gebracht, die man lange nicht mehr gehört hat in der Fraktion, dass wir als Fraktion sichtbar sein wollen, dass wir auch christdemokratisches Profil zeigen wollen.

Dobovisek: Eine Meuterei?

Willsch: Meuterei ist zu viel gesagt.

Dobovisek: Was dann?

Willsch: Das ist eine Neuwahl eines Fraktionsvorsitzenden und es gab offenkundig eine Fehleinschätzung des seitherigen Fraktionsvorsitzenden. Sonst hätte man vielleicht freiwillig einen Übergang eleganter gestaltet.

Dobovisek: Auch eine Fehleinschätzung der Kanzlerin, die ja hinter Kauder stand?

Willsch: Sie konnte ja kaum anders. Sie hat natürlich als Parteivorsitzende Loyalität zurückbezahlt und das geht immer nur eine Weile, und hier ging es nicht mehr, weil eine große Sehnsucht danach ist, dass wir als Union wieder mit eigenständigen Debattenbeiträgen sichtbar werden in einer Großen Koalition, die ja vereinbart ist, auf dem Bundesparteitag abgesegnet worden ist, und wo es auch viele Punkte gibt, die nicht besonders konflikträchtig sind, die aber gemeinsam umgesetzt werden müssen. Das Gewürge der letzten Wochen hat sicher auch das Stimmungsbild mit erzeugt, auf dem dieser Wechsel möglich war.

Dobovisek: Das Gewürge der vergangenen Woche. – Jetzt gucken wir uns noch mal ein paar Titel von heute aus den Zeitungen an: „Schwerer Schlag für die Kanzlerin“, „Destruktives Misstrauensvotum“, „Abschied von der Macht“. „Kann Merkel noch Kanzlerin“, fragt gerade die „Bild“. Haben Sie darauf eine Antwort, Herr Willsch?

Willsch: Ja, natürlich! Stellen Sie sich mal einen umgekehrten Ausgang vor, Volker Kauder hätte knapp gewonnen. Dann hätten die Medien genauso geschrieben, Merkel setzt sich durch, war zwar knapp, aber keine Revolution in der Union zu erwarten und und und. Man kann sich ja ungefähr die Schlagzeilen ausmalen. Auf das Spiel will ich jetzt gar nicht weiter eingehen.

Ich glaube, neben dieser Erfahrung, die wir hatten beim Thema des Falles Nahles, über den öffentlich ja nur als Fall Maaßen gesprochen wurde, oder auch die Situation vor der Sommerpause, als uns die Unionsfraktion, die Einheit der Union fast um die Ohren geflogen ist, weil da unsere dama-

lige Leitung offenbar bereit war, das zu riskieren, das waren so Elemente, so Momente, die wir erlebt haben, wo man sich überlegt hat: Moment mal, was machen die denn hier mit uns, das geht doch nicht so weiter.

Dobovisek: Steht die Union jetzt wieder fest zusammen?

Willsch: Ich glaube, das ist eine gute Voraussetzung, denn es haben sich im Vorfeld beide bemüht zu erklären, das ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang, und hinterher müssen wir als Union zusammenwirken, damit wir überhaupt unsere PS auf die Straße bringen können. Ralph Brinkhaus hat auch schon im Vorfeld, im Frühjahr sehr deutlich gemacht, Thema Europapolitik, dass wir da aktiver werden müssen, dass wir das nicht alles einfach nur der Regierung überlassen können. Er hat sich eindeutig gegen eine Transferunion, gegen eine Haftungsunion in Europa ausgesprochen. Wir tun so, oder die Regierung tut häufig so, als ob Macron noch der leuchtende Stern in Europa wäre.

Dobovisek: Aber trotzdem hatte Ralph Brinkhaus sämtliche Rettungspakete zum Beispiel für Griechenland mitgetragen, anders als Sie, Herr Willsch. Haben Sie da aufs falsche Pferd gesetzt?

Willsch: Ich habe zeitig gesagt, es wäre gut, wenn wir hier einen Wechsel kriegen. Ich habe ihn für den geeigneten gehalten und ich sehe ihn auch thematisch bei Punkten, die ich eben angesprochen habe, sehr viel näher und glaube, dass er das hinkommen wird mit einer geschickten Balance. Ein Fraktionsvorsitzender wirkt ja nicht in erster Linie dadurch, dass er im Parlament was sagt, sondern dass er natür-

lich bei der Regierung und bei der Regierungschefin was bewegen kann im Vorfeld und ohne Öffentlichkeit.

Ich glaube, dass er da mit seiner Art, die Sie ja gestern auch sehen konnten in Interviews, – diejenigen, die ihn noch nicht kannten –, eine gute Besetzung ist, der uns als Union wieder eine Chance gibt, in unserer ganzen Breite wahrgenommen zu werden und nicht auf ein Thema und eine Richtung eingehängt zu werden.

Dobovisek: Sie haben vorhin die Stimmung in der Fraktion angesprochen, die angespannte Stimmung. Da kursierte auch in letzter Zeit ein Bild von unter den Tischen klopfenden Abgeordneten, damit die Fraktionsführung nicht erkennen kann, wer wessen Sympathien hat. War der Druck so groß in der Fraktion?

Willsch: Einen Druck gibt es da natürlich schon.

Dobovisek: Wie äußert sich der?

Willsch: Das ist einfach so ein gegenseitig sich Angst machen. Ich habe das in meinem Buch „Von Rettern und Rebellen“ über die Eurorettung beschrieben. Es ist einfach eine Stimmung. Ich kann Ihnen ein Beispiel mal sagen. Bei der vorweihnachtlichen Feier kam ein junger Kollege. Wir haben insgesamt 45 neue in der Fraktion. Das ist natürlich auch ein Faktor. Das ist ein Fünftel der Fraktion. Da kam ein junger Kollege auf mich zu. Wer es war und woher, sage ich jetzt nicht. Und er sagte mir, Du bist also der Willsch, ich wollte Dich mal kennenlernen, weil sie haben mich gewarnt, ich soll mich nicht so verhalten wie Du, sonst wirst Du nichts mehr. Das sind ja durchaus wohlmeinende Ratschläge.

Dobovisek: Willsch der Rebell.

Willsch: Genau! Dafür sind Direktgewählte natürlich nicht so empfänglich wie Listenabgeordnete, die aufs Wohlwollen ihres Landesverbandes und ihrer Wiedernominierung angewiesen sind, und für Neue ist das ein Erlebnis. Du kommst das erste Mal in den Bundestag, denkst, hier bist Du Weltenlenker sozusagen, und kriegst immer nur gesagt, jetzt musst Du hier mitmarschieren und wenn Du Bedenken hast, schon wieder eine blöde Frage, und und und – das ist eine Frage der internen Kommunikation und des Miteinanders und wie man bereit ist, Talente, die man in der Fraktion vorfindet, auch einzubinden, überhaupt mal zu wissen, wo kommst Du denn her, was machst Du denn, was kannst Du hier für einen Beitrag leisten.

Dobovisek: Glauben Sie ernsthaft, Herr Willsch, dass sich das mit Brinkhaus ändern kann, ändern wird?

Willsch: Ich werde ihn daran erinnern, wenn ich den Eindruck habe, dass es nicht der Fall ist, denn ich glaube, das ist eine der wesentlichen Triebkräfte gewesen, die zu dieser Entscheidung gestern geführt hat.

Dobovisek: Welche Schlüsse sollte Angela Merkel, sollte auch Horst Seehofer insgesamt aus den Vorgängen der letzten Tage in der Fraktion ziehen? Die Fraktion, die ja sämtliche Regierungsentscheidungen mitträgt.

Willsch: Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, bei der Führung das aufzunehmen, was wir alle aus unseren Wahlkreisen mitbringen am Wochenende. Sie kennen doch das Phänomen des Sommerlochs, wo alle möglichen abstrusen Ideen plötzlich hochkommen. Die werden hier in Berlin von irgendwelchen Spin-Doktoren geboren, die sich irgendwas ausdenken, was dem

Lackmustest der Wirklichkeit nicht standhält. Und wenn wir Abgeordneten dann wieder zurückkommen aus den Wahlkreisen, dann wird es wieder normal. Da ist zu wenig hineingehört worden. Da ist zu wenig aufgenommen worden, welche Themen vor Ort bewegen.

Wir haben Wahlkampf gerade in Hessen und ich kriege jetzt Rückmeldungen von der eigenen Basis, die mir sagen, das ist ein Motivationsschub für uns, es ist endlich mal ein Aufbruchssignal, es ändert sich noch was, es gibt was Neues. Ich hoffe, dass am Montag die Sache mit der Dieselschicht beendet wird, denn das hängt uns wie ein Mühlstein am Hals, dass hier nach dem Urteil in Frankfurt Hunderttausende nicht wissen, wie sie in einem halben Jahr oder so nach Frankfurt zu ihrer Arbeit kommen können. Das sind alles Themen, die viel dringlicher sind als anderes, aber natürlich ist auch das Thema, was uns sehr häufig in nahezu jedem Gespräch im Wahlkreis begegnet, dass wir in Sachen der illegalen Zuwanderung endlich etwas vorwärts bringen und zählbare Erfolge haben.

Wer sich den Beitrag lieber anhören möchte, findet ihn hier:
<https://bit.ly/2NnKef1>

DIESEL

Die Bundesregierung will Fahrverbote verhindern und dort, wo sie unumgänglich sind, Nachteile für Bürgerinnen und Bürger, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind, vermeiden. Dies gilt sowohl für finanzielle Belastungen als auch für Nutzungseinschränkungen. Dabei hat die Automobilindustrie ebenfalls eine hohe Verantwortung. Die Bundesregierung unterstützt die Länder und die betroffenen

Städte dabei, die Grenzwerte baldmöglichst einzuhalten und alle Maßnahmen auszuschöpfen, die zur Reduzierung von Stickoxiden führen, ohne die Mobilität einzuschränken. Dazu gehören moderne Luftreinhaltepläne und kommunale Maßnahmen. Hierfür hat die Bundesregierung eine Milliarde Euro für die betroffenen Kommunen bereitgestellt. Auch die Automobilhersteller leisten durch die Software-Updates von bis zu 6,3 Mio. Dieselfahrzeugen einen Beitrag.

In den Städten, die von Grenzwertüberschreitungen betroffen sind, wird die Bundesregierung „weitere Fördermaßnahmen“ umsetzen:

- Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen
- Hardware-Nachrüstung bei Handwerker- und Lieferfahrzeugen

Es ist gut, dass an einer Lösung mit größerer Flächenwirkung gearbeitet wurde. Derzeit sind 14 Städte, darunter auch Limburg in meinem Wahlkreis, in Deutschland in diesem Sinne besonders belastet. Um Fahrverbote zu vermeiden, sind schnelle Verringerungen der Emissionen der PKW-Flotte äußerst dringlich. Für den Fall, dass Fahrverbote dennoch erforderlich sind, muss sichergestellt sein, dass in diesen Regionen Diesel-Fahrzeughalter ein Angebot bekommen, wie sie auch im Falle von Verkehrsbeschränkungen ihre Mobilität erhalten können. Dabei sollen Belastungen für die betroffenen Bürger möglichst vermieden werden.

Bewohner der besonders betroffenen Städte und weiterer Städte, in denen ein demnächst aufgestellter, bestandskräftiger Luftreinhalteplan wegen fehlenden rechtlichen Ermessensspielraums Verkehrsbeschränkungen vorsieht, Bewohner der

angrenzenden Landkreise und außerhalb dieser Gebiete wohnhafte Fahrzeughalter, die ein Beschäftigungsverhältnis in der Stadt haben und Selbstständige, die ihren Firmensitz in der Stadt haben und deswegen aus beruflichen Gründen in die Städte pendeln müssen sowie Fahrzeughalter, für die es eine Härte bedeuten würde und deren Fahrzeug diesen technischen Anforderungen nicht genügt, erhalten zwei alternative Angebote:

Möglichkeit 1 – Umtausch-Aktion

Möglichkeit 2 – PKW Hardware-Nachrüstung

Die genannten Maßnahmen führen dazu, dass alle Möglichkeiten ergriffen werden, den Verkehr in unseren Städten besser zu organisieren, unsere Infrastruktur zu verbessern, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Elektromobilität zu fördern. Gleichzeitig wird der Schadstoffausstoß der Fahrzeuge, die sich besonders viel in den Innenstädten bewegen, wirksam reduziert. Städte mit einer geringen Grenzwertüberschreitung sollen von Verkehrsbeschränkungen verschont bleiben. Auf dieser Basis muss auch für Frankfurt am Main eine Lösung gefunden werden.

Den kompletten Beschluss finden Sie auf der Internetseite des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter:

<https://bit.ly/2pB995e>

Darüber hinaus werde ich anregen, die regelwidrig aufgestellten Messstellen aus der Bewertung der Belastung herauszunehmen. Vielerorts sind diese nämlich entgegen den Installationsanweisungen an ungünstigen Standorten aufgestellt, z.B. an

schlecht belüfteten Plätzen oder unmittelbar an übergeordneten Hauptverkehrsstraßen.

Außerdem ist angesichts vielfach höherer Grenzwerte in Arbeitsschutzbestimmungen die Angemessenheit der Grenzwerte generell in Frage zu stellen. Auf diese Weise würde auch der sich „wie ein Abmahnverein aufführenden deutschen Umwelthilfe“ die Geschäftsgrundlage entzogen werden.

TARGET2

Der TARGET2-Saldo kratzt weiterhin an der Billionengrenze! Auch wenn der Saldo Schwankungen unterliegt, ist der historische Durchbruch nur eine Frage der Zeit. Derzeit pendelt er zwischen 912 und 913 Milliarden (!) Euro. Die Ursachen für den stetigen Anstieg sind unterschiedlich. Der langjährige Präsident des Münchner ifo-Instituts Hans-Werner Sinn hat auf seinen Vorträgen oft den Kauf eines deutschen Autos von einem südländischen Kunden als Beispiel verwendet. Vordergründig wird der Kaufbetrag vom dem einen aufs andere Konto überwiesen. Die Abläufe dahinter sind aber etwas komplexer. Die Geschäftsbank muss den Betrag an die nationale Notenbank und dann über die EZB an die Bundesbank weitergeben, die das Geld dann wiederum an die Bank des Automobilverkäufers auszahlt. Das alles passiert zwar in Echtzeit, sodass Kunde und Käufer davon nichts mitbekommen, führt aber dazu, dass teils immense Salden auflaufen. Formal schuldet die eine Notenbank der EZB Geld, während die andere im Besitz einer Forderung gegenüber der EZB ist. Eine andere Triebfeder sind die Anleihenkäufe der EZB, an denen sich die Bundesbank beteiligen muss.

Wie auch immer - Der Target2-Saldo ist eine Art Fieberthermometer: ein hoher Wert ist ein Indikator dafür, dass etwas gewaltig schief läuft. Als die die Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB Ende 2011 an der 500-Milliarden-Euro-Marke kratzten, schlug Sinn mit einem Brandbrief an alle Bundestagsabgeordneten Alarm:

"Der Vorgang lässt sich nicht länger mit [...] billigen Sprüchen verharmlosen. Sollte der Euro zerbrechen, was keiner hofft, so stehen die 500 Milliarden möglicherweise als uneinbringlich im Raum. Jedenfalls gibt es für diesen Fall keine Regelung. [...] Die Entscheidungen, die zu den Target-Krediten geführt haben, wurden vom EZB-Rat getroffen. Dort haben Malta und Zypern [...] so viel zu sagen wie die Bundesrepublik Deutschland. Wenn man das nicht ändert, ist der Fall verloren."

Siebeneinhalb Jahre später haben sich die Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB verdoppelt - ansonsten hat sich nichts verändert. Die Bundesregierung duckt sich bei diesem Thema weiterhin weg. "Ich bitte um Verständnis, dass sich die Bundesregierung nicht an Spekulationen über den hypothetischen Fall des Ausscheidens eines Mitgliedsstaates aus der Währungsunion und etwaigen Auswirkungen beteiligt", teilte mir Finanzstaatssekretärin Christine Lambrecht auf Anfrage mit.

Von der EZB wurde ich ebenfalls mit einer Durchhalteparole versorgt. Man könne lediglich wiederholen, was Präsident Mario Draghi im Europäischen Parlament und an anderer Stelle gesagt habe, nämlich "der Euro ist unwiderruflich und es ist nicht angemessen, dass die EZB Überlegungen zu Hypothesen anstellt, die im EU-Vertrag nicht vorgesehen sind."

Ich wollte eigentlich nur wissen, welche Auswirkungen das Ausscheiden eines Staates aus der Eurozone auf die Forderungen der Bundesbank haben würde. Dieses Szenario ist nicht aus der Luft gegriffen. Gerade in Italien wird immer wieder mit einem Ausstieg kokettiert. Oder gedroht - wie man's nimmt. Denn Italien schuldet mehr als 440 Milliarden Euro. Ab einem gewissen Zeitpunkt schläft der Schuldner besser als der Gläubiger. Das schlimme ist dabei nur: die einen schlafen gut, die anderen träumen. Die anderen sind leider wir Deutsche.

Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen eine Reform des Zentralbankensystems. Vorschläge dafür gibt es genug. Wie in den USA sollten die Salden regelmäßig ausgeglichen werden. Auch sollten die Stimmrechte innerhalb des EZB-Rats unterschiedlich stark gewichtet werden. Es kann und darf nicht sein, dass die Stimme des Bundesbankpräsidenten genauso viel zählt, wie die seines Kollegen aus Malta. Natürlich werden die Profiteure des bestehenden Systems Reformversuche dieser Art mit allen Mitteln hintertreiben. Wichtig ist dabei aber allein schon der erste Schritt: In der Eurozone steht ein rosa Elefant. Und kein Regierungsvertreter ist Manns genug, mit dem Finger auf ihn zu zeigen. Damit muss Schluss sein. Es braucht klare Ansagen. Einen Fingerzeig hat dazu Mario Draghi selbst gegeben. In einem Brief vom 18. Januar 2017 an zwei italienische Europaabgeordnete schrieb er: "If a country were to leave the Eurosystem, its national central bank's claims on or liabilities to the ECB would need to be settled in full." Im Falle eines Ausscheidens Italiens aus der Eurozone müsste die Banca d'Italia demnach all ihre Verbindlichkeiten begleichen.

Die Aussage Draghis steht in einem gewissen logischen Widerspruch zu dem, was mir die EZB auf meine oben erwähnte Anfrage hin mitteilte. Denn anscheinend hat sich Draghi bereits doch Gedanken über den Fall der Fälle gemacht. Es wäre nur wichtig, für Rechtsicherheit zu sorgen, bevor dieser eintritt. Auch deshalb habe ich die EZB um Aufklärung gebeten, wie die Aussage ihres Präsidenten juristisch zu verstehen ist. Lange hat es nicht gedauert und da flatterte mir auch schon die Antwort auf meine Nachfrage ins Haus. Nochmals wurde ich darauf hingewiesen, "dass der Euro unwiderruflich ist und es nicht angemessen ist, dass die EZB Überlegungen zu Hypothesen anstellt, die im EU-Vertrag nicht vorgesehen sind."

Um es mit den Worten von Christian Morgenstern zu sagen: "Weil, so schließt [Mario Draghi] messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf."

LANDTAGSWAHL

Nur noch drei Wochen - oder auch noch so lange. Viele Wähler entscheiden sich erst in den letzten Tagen oder gar Stunden vor der Wahl, ob und wen sie wählen wollen. Jedes Gespräch kann noch helfen. Deshalb dürfen wir uns von Umfragen nicht irritieren lassen. Nichts ist überzeugender, als wenn Menschen, von denen Freunde und Nachbarn wissen, dass sie selbst politisch engagiert sind, eine Empfehlung abgeben. Erst nach der Bayernwahl in gut einer Woche wird der volle Fokus auf unserer Landtagswahl in Hessen liegen. Deshalb: werben Sie bitte intensiv um Unterstützung für unsere engagierten und fleißigen Landtagsabgeordneten Peter Beuth, Petra Müller-Klepper, Andreas Hofmeister und Joachim Veyhelmann. Unterstützen Sie Michael Köberle mit Ihrer Stimme bei der Landratswahl in Limburg-Weilburg. Und

die Leser in Hohenstein, Schlangenbad und Niedernhausen: unterstützen Sie Kerstin Hagenkötter, Marco Eyring und Joachim Reimann mit Ihrer Stimme bei der Bürgermeisterwahl!

*** *** *** *** *** *** ***

Am Montag, 8. Oktober diskutiere ich von 10 bis 11:30 Uhr live im Deutschlandfunk mit Klaus Ernst von den Linken und Armin-Paul Hampel von der AfD das Thema „Facharbeitermangel in Deutschland: Brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz?“

Für alle, die zuhören oder sich gar beteiligen wollen, hier die notwendigen Eckdaten:

Frequenzen

Bad Camberg 99,8 MHz

Limburg 103,3 MHz

Wiesbaden 103,7 MHz

Mehr <https://bit.ly/2IDieTP>

Kontakt ins Studio für Fragen etc.

Hörertelefon: 080044644464

kontrovers@deutschlandfunk.de

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>